

März/April 2006, Nr.2

КАТЮША

Katjuscha

Magazin der LiLi – Linke Liste

Blick nach Rechts

Gastbeitrag der Autonomen Antifa Siegen über die regionale Nazisszene und „Zimmer Frei“ - Was sind eigentlich Burschenschaften und Verbindungen.

Schöne neue Stadt

Die Entwicklung von der „sozialen Stadt“ zur Politik der privilegierten Räume.



Inhalt

News	Seite 3
Schöne Neue Stadt	Seite 4
Rolle Rückwärts – Die große Koalition	Seite 7
Kämpfende Frauen - Ein Redebeitrag zum Internationalen Frauentag	Seite 8
Den rechten Alltagsbetrieb angreifen - Rechte Strukturen in NRW und Siegerland	Seite 10
Achtung Zimmer frei - Burschenschaften und Verbindungen	Seite 15
Die bolivariische Revolution - Neues aus Venezuela	Seite 18
Termine	Seite 19

Impressum

LiLi - Linke Liste Siegen
c./o. Fachschaftsrat 1(2)-4
Adolf-Reichwein-Straße 2
Universität Siegen
57068 Siegen

<http://www.lili-siegen.de>
mail@lili-siegen.de



Hochschule

StuPa Wahl

An der Siegener Hochschule wurde das 34. Studierendenparlament gewählt. Hierbei konnten die Linke Liste 4 Sitze erringen. Die GenossInnen von DLL/U2 kamen auf 8 Sitze. Bei einer Wahlbeteiligung von ca. 13% wurden die Jusos mit 12 Sitzen stärkste Fraktion

Neues Rektorat

Am 20. März hat der Senat der Universität ein neues Rektorat gewählt. Prof. Dr. Ralf Schnell ist der neue Rektor der Uni. Ob sich dadurch irgendwelche Verbesserungen für die Studierenden ergeben, bleibt abzuwarten.

Fachoberschüler vor der Tür

Die Neuregelung des Zugangs für Schüler mit Fachoberschulreife sorgt für Frust. Die Regelung besagt das in Studiengängen die Aufgrung einer hohen Bewerbungszahl zulassungsbeschränkt sind, AbiturientInnen zuerst genommen werden. Deshalb stehen jetzt die Bewerber der Fachoberschule für den Studiengang ISPA vor verschlossenen Türen. Durch eine Demonstration und einen Besuch im Siegener Rektorat versuchten sie ihrem Unmut Luft zu machen.



Siegen & Umgebung

Linksbündnis gegründet

In Siegen hat sich ein „Linksbündnis“, kurz LBS, gegründet. Dieser Zusammenschluß von DKP, Linkspartei/PDS, WASG und Unabhängigen will damit stärker als bisher gemeinsam in der Stadt aktiv sein. Infos unter: linkspartei-siegen.de

NPD Westerwald im Wahlkampf

Die äußerst aktive Neonazisszene im Westerwald macht zur Zeit ordentlich mobil für die Landtagswahl in Rheinland- Pfalz. Am 18. März führten sie in Bad Marinenberg eine Abendveranstaltung mit dem sächischen Landtagsabgeordneten Holger Apfel durch. Zudem läuft gerade eine Wahlkampftour durch die Innenstädte des Westerwalds.

<http://www.stud.uni-siegen.de/antifa>

<http://www.antifa-westerwald.de>

Bundesweit

Frankfurt: Luxus für alle!

Unter diesem Motto riefen über 40 Linke Organisationen zu Protesten gegen den „Deutschen Opernball“ auf. Die Linke Liste Siegen und die Autonome Antifa Siegen unterstützten diese Demo ebenfalls, bei der ca. 500 Teilnehmer über die gesamte Dauer der Demonstration von der Polizei schikaniert wurden. Vor der Oper kam es noch zu kleineren Auseinandersetzungen, die am folgenden Tag die Presse schwer beschäftigten.

Ein Video der Demo findet ihr bei: <http://www.kanalb.de>

NRW: Naziaufmärsche

Es scheint keine gute Zeit für die Nazis zu sein, sowohl in Dortmund, als auch in Münster konnten Rechtsradikale aus dem Umfeld der Freien Kameradschaften ihre Demonstrationen, dank den vielen AntifaschistInnen auf den Straßen nicht bis zum Ende durchführen.

Trotzdem versuchen sie weiter Demonstrationen durchzuführen, unter anderem wieder in Münster am 15. April. Infos unter: <http://www.no-nazis.de>



Schöne Neue Stadt



Baustelle Innenstadt

Siegen „Das Herz der Region“ in der „Provinz voller Leben“ stellt in vielen Bereichen ein Kunstwerk städtebaulicher Fehlplanungen dar, von denen viele als Altlasten zu bezeichnen sind. Nun will die Stadt seit einigen Jahren dem Image eines „Oberzentrums“ für die Region, die einen Einzugsbereich von ca. 600.000 Einwohnern hat, gerecht werden. So hat die Stadt versucht ganz besonders die „City“ durch Baugenehmigungen an private Investoren aufzuwerten. „Bereichert“ worden sind wir somit durch die City Galerie, die gleichzeitig zur Entwertung der Oberstadt beitrug und vollgestopft mit Kettengeschäften und Franchiseunternehmen zum Sterben vieler regionaler Geschäfte geführt hat, ein anderes Beispiel ist der Bereich „Reichswaldsecke“ wo ein vollkommen überbelegtes Kino nun um Kunden wirbt. Neue Projekte rund um den Bahnhof, wie das Sieg-Carré, das neben dem WDR und Bürofläche weiteren Platz für Geschäfte und Cafés bieten soll, sowie ein „Busparkplatz“ auf der Rückseite des Hauptbahnhofs komplettieren die „Glas-Beton Welt Siegen City“. Abseits der Innenstadt, aber auch dort, macht sich auch in Siegen unauffällig Leerstand breit der nicht genutzt wird, so zum Beispiel das alte Arbeitsamt am Löhrtor oder das Centralkino in der Sandstraße. Für die fast schon tote Oberstadt rühmt sich die Stadt eine gute Kombination aus Fachgeschäften und regionalen Angeboten geschaffen zu haben. Mit „Fachgeschäften“ sind hier bestimmt besonders Ein-Euro-Ramschläden und mit regionalen Angeboten die zwei christlichen Bücherstuben gemeint.

Verkehrskonzepte

Mit der Privatisierung der VWS, das ehemalige Busunternehmen der Kreise Siegen-Wittgenstein und Olpe, ist der Einfluß auf den ÖPNV gesunken und eine Subvention von Staatsseite weggefallen. Wobei anzumerken ist das die VWS in den letzten Jahren nahezu keinen Verlust gemacht hat, während andere Projekte, wie zum Beispiel der Siegerland Flughafen weiterhin mit hohen Summen vom Kreis finanziert werden. Die Preise und Linienpläne, werden sich in Zukunft noch stärker an den „Marktgesetzen“ von Angebot und Nachfrage orientieren. Während aber Bus & Bahn schon lange eher Stiefkinder sind, will die Stadt dem „individuellen“ Bürger viel bieten. So sind beim Umbau rund um den Hauptbahnhof, hinter der Sparkasse gleich 600 neue Parkplätze entstanden. Ebenfalls eine Investition der Sparkasse Siegen. Wie die vielen Bürger ohne Auto, z.B. Jugendliche, Rentner und sozial Schwächere von diesen Maßnahmen profitieren sollen ist uns nicht bekannt. Aber gerade dem Autofahrer, dem in Siegen immernoch zahlreiche Behinderungen im Weg stehen sollen weiter Möglichkeiten geboten werden. So plant die Stadt seit Jahren die Untertunnelung des Siegbergs, also der Oberstadt um den Verkehr in der Innenstadt einzudämmen – „leider“ ist das Bauvorhaben beim Land zur Zeit als nicht sonderlich dringend eingestuft, weswegen die Stadt Siegen die 30 Mil. Euro alleine aufbringen müßte. Grundsätzlich spricht ja nicht gegen eine Verkehrsberuhigung der Innenstadt, wer aber rund um den Bahnhof (City-Galerie, Morleystr. Reichswaldsecke) eine Fülle von Parkhäusern schafft, der sollte sich auch nicht wundern wenn die Leute mit dem Auto in die Stadt kommen.

Die „große“ Kultur – Theater in Siegen

Das Kulturangebot der Stadt wird in den nächsten Jahren durch das Apollo Theater bereichert. Das wahrscheinlich ca. 12 Mio (!) Euro teure Projekt wird dann Platz bieten für nahezu 50% der deutschen Theaterproduktionen (Eigenwerbung). Gruppen wie das Berliner Ensemble („Brecht“-Theater) sollen dann in Siegen auftreten. Schön und gut – zu hoffen bleibt nur, dass die Preisstruktur nicht exklusiv wird und dass die hohen Kosten die gastierenden Theatergruppen nicht anderen Kulturprojekten zur Last fällt.

Stadt für alle?

Scheinbar nicht! Einige Vorfälle in der Innenstadt verdeutlichen das auch Siegen, obwohl es eine riesen Baustelle ist, sich das Image einer „sauberen Innenstadt“ geben will. So wurden im Herbst und Winter „herumlungernde“ Personen am Bahnhof des öfteren des Platzes verwiesen. Was insbesondere jugendliche Punks traf, die von der Polizei auffällig häufig angesprochen werden. Als diese sich spontan wehrten und eine kleine Demonstration veranstalteten, reagierte die Polizei mit einem Großaufgebot und verhaftete mehrere Punks, die sich nun wohl vor Gericht verantworten dürfen. Auch die Bundespolizei fällt am Bahnhof durch gezielte Kontrollen von MigrantInnen auf.

Aber das dient ja nur der Sicherheit, im ÖPNV wird jetzt Videoüberwacht und das Ordnungsamt, oder neomodisch „Stadtwatch“, zeigt verstärkt Präsenz in der Innenstadt. Wo die zusätzlichen Angestellten herkommen war der Siegener CDU auch schnell klar:

„Die CDU hat sich für **zusätzliche gemeinnützige Arbeit** als sozial- und ordnungspolitisches Instrument eingesetzt. Arbeitsfähige Sozialhilfeempfänger werden zur gemeinnützigen Arbeit herangezogen.“ (CDU Homepage)

Einfach ausgedrückt, die Stadt beschäftigt jetzt „Ein-Euro-Jobber“ die für die Verscheuchung, ääh „Sicherheit“ in der Innenstadt zuständig sind. Ruhe & Ordnung, für die Deutschen schon immer zwei wichtige Grunddisziplinen, sollen also Einzug halten. Auch im Siegener Schloßpark. Dieser wird demnächst um 10 Uhr Abends geschlossen. Dabei stellt der Schloßpark fast die einzige größere Grünfläche im Innenstadtbereich dar und ist in den letzten Jahren beliebter Treffpunkt von Jugendlichen und jungen Leuten in den Sommermonaten gewesen. Also heißt es wohl in diesem Sommer: Nicht erwischen lassen beim Mauer überklettern!

Wie überall ist „Sicherheit“ eines der Kommunalen Konzepte geworden. „Die Ängste der Bürger sollen ernst genommen werden.“ Dies führt dazu das die Städtischen Ordnungsämter ausgeweitet und durch zahlreiche Fußstreifen aufgerüstet werden. Den rechtlichen Rahmen bietet die „Gefahrenabwehrverordnung“ mit der die Behörden bestimmtes öffentliches Verhalten wie etwa Biertrinken, Betteln oder auch Musik hören als Ordnungswidrigkeit definieren und damit auch disziplinieren können.

NRW (Un)Sozial – wie der Landeshaushalt Siegen „bereichert“

Auch die neue Landesregierung möchte ihrer Vorgängerregierung im Bereich „Kürzungen im Haushalt“ in nichts nachstehen und ihren Beitrag für „das Wohlergehen“ der Städte leisten. Auch in Siegen werden wir daran unsere Freude haben. So sollen massiv Gelder in der **Jugendförderung** gespart werden. Dies würde in Siegen die **Blue Box** hart treffen und deren Möglichkeiten stark einschränken. Die Landeszuschüsse für die **Kindertagesstätten** sollen um ca. 80 Mio. Euro gekürzt werden wodurch die Kosten für die Eltern wahrscheinlich um bis zu 25% steigen werden. Auch die **Familienberatung** soll um einen mehrstelligen Millionenbetrag wegrationalisiert werden, obwohl die Nachfrage konsequent gestiegen ist. Bei den **Familienpflegediensten**, die unter anderem in Not geratenen Familien helfen, werden die Finanzmittel um 50% gekürzt. Hier finanzieren die Träger (z.B. die Kirchen, Caritas, Diakonie) die Kosten schon mit 30% Eigenmitteln, so das fraglich ist ob diese Dienste überhaupt noch angeboten werden können. Die 62 Frauenhäuser in NRW, von denen eins auch in Siegen steht, bekommen ihre Mittel ebenfalls um 30% gekürzt. Insgesamt finden in den **Frauenhäusern** jährlich fast 5000 mißhandelte Frauen Hilfe und Unterkunft. Im Bereich der **Frauenberatungsstellen** und der **Mädchenberatungsstellen** sollen die Mittel fast vollständig gekürzt und die jeweiligen Landesstellen abgeschafft werden. Um 80% gekürzt werden sollen die Zuschüsse für die Landesverbände der schwulen und lesbischen Selbstorganisation in NRW, wodurch auch in Siegen die beispielhafte Arbeit der **Schwulen Initiative Siegen** und **Diversity Siegen** (LesBische Frauen und Transgender) und damit verbunden des **Anders Room** gefährdet wäre. Ganz gestrichen werden sollen die Mittel für die **Drogenselbstberatung**, die **Krebsberatungsstellen** und die **Aids-Hilfe**.

Alles Probleme also, die sich in unserer Gesellschaft erledigt haben. Gewalt gegen Frauen existiert nicht, Jugendliche haben ihre Unterhaltungsmedien und brauchen keine Freizeitangebote, Drogenabhängige gibt es nur in den USA und gegen AIDS hilft ja schon ein Glas Wasser mehr pro Tag. Diese Gedanken scheinen sich im „Sparwahn“ der Politik verankert zu haben, anders kann sich mensch die unsoziale und unmenschliche Kürzungspolitik nicht erklären.

Leiden werden unter all diesen Kürzungen natürlich all diejenigen die bisher auf diese Einrichtungen angewiesen waren. Also in vielen Fällen sozial Schwache, Jugendliche und diskriminierte Minderheiten. Genau eben all solche die auch keine CDU wählen. Nimmt mensch noch die Kürzungen im Bereich der Unterstützung von Arbeitslosen hinzu, wird mit dieser Politik eine Ausgrenzung betrieben, die synonym zur Vertreibung am Siegener Bahnhof gesehen werden kann.

Wohnungspolitik

Auf dem Heidenberg und dem Fischbacherberg, beides Gebiete die als „soziale Brennpunkte“ bezeichnet werden können, wurden fast 250 Wohnungen verkauft, die vorher von der LEG (einem Immobilienunternehmen) und der KEG (Kommunale Entwicklungsgesellschaft Siegen, eine 100% der Tochter der Stadt) verwaltet wurden. Sinn dieser Zusammenarbeit war es gerade Wohnraum auch für Leute zu erhalten, die auf dem normalen Wohnungsmarkt keine Chance haben. Zwar ist der neue Eigentümer GAGFAH ein Immobilienunternehmen, was sich selbst sogar eine Sozial-Charta gegeben hat in der unter anderem festgelegt ist das Mieten nicht über 1,5% erhöht werden können, ältere Menschen einen Lebenslangen Kündigungsschutz genießen und keine „Luxus-sanierungen“ durchgeführt werden, trotzdem hat die Stadt Siegen damit den Einfluß auf diesen Wohnraum verloren und somit dem privaten Markt zugeführt. Im Gegensatz zur Innenstadt wo die Stadt viele Projekte durchführt, bzw. mit der Privatwirtschaft eng kooperiert will sie in den Randgebieten die Verantwortung lieber ganz los werden.

Urban Managment

Was sich an diesen Beispielen zeigt ist kein Sieger Sonderfall, sondern ein Problem in vielen Städten. Die Kommunen geben kaum noch Gelder für soziale Projekte aus, dafür umso mehr für Prestigeprojekte und Wirtschaftsförderungskonzepte. Gerade bei größeren Städten steht oftmals eine „prunkvolle City“ im Vordergrund während andere Viertel versauern.

„Randgruppen“ sollen aus der Stadt in die Randbezirke gedrängt werden, wo sie dann kaum noch ins Auge fallen und von der Politik im Stich gelassen werden. Dann ist der Wegfall Caritativer Dienste, Beratungseinrichtungen und auch die Kürzungen der Sozial- und Arbeitslosenhilfe nicht mehr so schlimm, der gute Bürger sieht das Elend ja dann nicht mehr. Aus den Augen aus dem Sinn. Alle anderen „sind Deutschland“ und können in der City Galerie einkaufen gehen, ihr Auto auf einem der vielen Parkplätze parken oder sich auch im Theater an der Hochkultur erfreuen. Neben Siegen gibt es dafür zahlreiche Beispiele. Der Ausbau der Kernstadt zur Konsum- und Erlebnislandschaft für einkommensstärkere Gruppen und Touristen wird vorangetrieben, eine Politik der „priviligierte Orte“(1). Die zum Schutz der „guten Bürger“ nahezu perfekt überwacht werden sollen um jedwede Störung zu unterbinden.

Reclaim the City

Schon in der Vergangenheit war die Aneignung öffentlichen Raums ein Thema für die Linke. Durch Hausprojekte, Stadteilbüros und Gemeinschaftsprojekte sollte eine soziale „Gegenstadt“ entstehen. Auch in Siegen gab und gibt es solche Projekte, wie das VEB. Hier versucht die Stadt schon seit Jahren durch zweifelhafte „Verkehrskonzepte“ einen Abriss zu erklären. Verteidigung alleine, wird keine Lösung bewirken. Freiräume können nur durch eine radikale Wiederaneignungsstrategie kommen. Die LiLi – Linke Liste Siegen wird sich in den nächsten Monaten verstärkt mit diesem Thema auseinandersetzen. Alle Interessierten sind herzlich eingeladen mit uns Aktionen und Strategien zu entwickeln.

Anmerkungen:

(1) Ronnenberger, Klaus: Die neoliberale Stadt. in Fantomas Nr.7



Rolle Rückwärts - Die Große Koalition und die lange „Nacht der lebendigen Toten“

Was ist nur los mit diesem Land? Kanzlerin Merkel rangiert auf der Beliebtheitskala bundesdeutscher Politiker mit 80% Zustimmung[!] auf dem ersten Rang vor Platzeck, Schäuble, Müntefering mit jeweils über 50% Zustimmung. Die Zustimmung für die Große Koalition beträgt 42% (Quelle: Infratest dimap, März 2006).

Die Botschaft der letzten 15 Jahre: „Gürtel enger schnallen, es gibt weniger zu verteilen“ scheint weiterhin nicht in Frage gestellt zu werden, der Widerstand gegen die sozialen Grausamkeiten hält sich, gelinde gesagt, in Grenzen.

Kein Aufschrei, keine Proteste gegen das Vorhaben des Sozialministers, das Renteneintrittsalter auf 67 Jahre hochzusetzen. Keine Massendemonstrationen von Rentnern gegen den Vorschlag, die Rentenanpassungen für die nächsten 10 Jahre einzufrieren.

Wo sind die 2 Millionen Studierenden, die gegen die Einführung von Studiengebühren und gegen die Kürzungen im Hochschulbereich protestieren? Warum brennen in Paris die Barrikaden und die Sorbonne wird geräumt, während in Deutschland die Studies sich höchstens Musik aus dem Internet brennen. Existiert denn hier nicht die gleiche Angst vor der Perspektivlosigkeit? Glaubt denn hier einer ernsthaft, dass wir alle schon den gewünschten Job in der Tasche hätten? Die offene und versteckte Arbeitslosigkeit bei Akademikern summieren sich zu 15% (Taz, 11.01.06). Bitte mal aufwachen, liebe Leute! Oder doch lieber den Kopf in den Sand stecken, und denken: „Aber ich, ich bekomme schon was...“ .Hmm, ja nee, is klar ... ;-)

Die Arbeitslosenzahlen steigen weiter, aber wo sind die protestierenden Arbeitslosen und Arbeitnehmer, die in Ländern wie Spanien, Griechenland, Italien und Frankreich einen Generalstreik nach dem anderen durchführen? Die Arbeitslosigkeit bei den unter 25jährigen summiert sich mittlerweile auf fast eine Millionen, die keine Ausbildung haben, keinen Job gefunden haben oder sich in „Weiterbildungsmaßnahmen“ befinden. Wo bleibt der Aufschrei von Millionen Müttern und Vätern, denen erklärt wird, das man doch das Kindergeld um 10 Euro kürzen könnte (NRW-Familienminister Armin Laschet (CDU)), um dann kostenlose Kindergartenplätze anzubieten (wozu der Staat sowieso verpflichtet wäre)? Statt dessen marschieren aufgebrachte Eltern zu streikenden Verdi-Mitgliedern in Stuttgart und beschwerten sich über geschlossene Kindergärten. Warum ziehen sie nicht zum Landtag und fordern die Landesregierung auf

gefälligst die 38,5-Stunden-Woche beizubehalten? Auch sie haben akzeptiert, dass wir alle angeblich länger arbeiten müssen – dass aber die eigenen Kinder evt. einmal 42-45 Stunden arbeiten müssen, scheint ihnen egal zu sein. Glücklicherweise das Land, das solche Eltern hat! Und warum wehren sich so wenige Leute gegen die sogenannten 1-Euro-Jobs, die nicht nur Arbeitsplätze vernichten, sondern auch stark an den Reichsarbeitsdienst erinnert. Ja, wir waren schon einmal sehr erfolgreich beim Abbau von Arbeitslosigkeit (nachdem 1933 die Gewerkschaften zerschlagen wurden), vielleicht sollte man noch ein paar Autobahnen bauen?

Warum ist es möglich, dass die unter 25jährigen Arbeitslosen nun zu Hause bei ihren Eltern bleiben müssen, da ihnen das Recht auf die Finanzierung einer eigenen Wohnung verwehrt wird. Wer glaubte, dass man von 345,- Euro Arbeitslosengeld + Wohnungsmiete nichts weiter kürzen könnte, sieht sich getäuscht. 20% wird den unter 25jährigen Arbeitslosen gekürzt, und die Große Koalition bereitet weitere Milliarden-Einsparungen bei Langzeitarbeitslosen vor. Weiterhin sollen zukünftig Partner von Hartz 4 Hilfeempfängern voll unterhaltspflichtig für nicht von ihnen stammende Kinder werden, also Vorsicht bei der Partnerwahl, es könnte dann für einige teurer werden...

Und es wird weitergehen, zum Wohle des Standorts Deutschland müssen die Lohnnebenkosten runter (also weniger Geld für Gesundheits-, Arbeitslosen-, Pflege- und Rentenversicherung). Niemand scheint zu merken, dass wir [wer ist eigentlich wir?] erneut „Exportweltmeister“ geworden sind, dass dieses Land jedes Jahr reicher wird, das die Zahl der Millionäre und Milliardäre wächst, das aber gleichzeitig die Reallöhne seit 10 Jahren stagnieren.

„Den Deutschen kann man die Sozialversicherung zerschlagen, Hauptsache das politische Management stimmt“, so ähnlich formulierte es ein deutscher Kabarettist. Und hier liegt auch das Erfolgsgeheimnis der Großen Koalition: „Wir kümmern uns schon, wenn ihr euch nur weiter euch um eure Dinge kümmert und nicht einmisch.“ Mit der Akzeptanz dieser Forderung ist Leben „zur Ideologie seiner eigenen Absenz geworden“, und genau da müssen wir Gegenhalten, uns organisieren und uns einmischen.

Es gibt nichts Gutes, außer man tut es.

8. März - Kämpfende Frauen

Redebeitrag auf einer Veranstaltung zum Internationalen Frauentag.



Am 8. März 1857 traten New Yorker Textilarbeiterinnen für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen in den Streik. Um eine Solidarisierung der Gewerkschaften und anderer Belegschaften zu verhindern, ließ einer der Fabrikanten die streikenden Frauen in die Firma einsperren. Die Firma fing, aus bis heute ungeklärten Gründen, Feuer und brannte nieder. Die traurige Bilanz des Geschehens jenes Tages war, dass 129 Arbeiterinnen in den Flammen starben und nur wenige dem Feuer und damit dem Tod entkamen. Die Textilarbeiterinnen New Yorks demonstrierten weiter und gaben ihren Kampf trotz des abscheulichen Vorfalles nicht auf.

Ein anderer Streik, ebenfalls von Textilarbeiterinnen, fand auch am 8. März statt. Der Schauplatz jenes Streiks war viele Kilometer von New York entfernt und spielte sich 1917 im russischen St. Petersburg ab. Jener Streik sollte eine Revolution auslösen, diese Revolution hielt unter dem Namen „Februarrevolution“ Einzug in die Geschichtsbücher (Februar aufgrund des alten russischen Kalenders - nach jener Zeitrechnung fallen die Ereignisse auf den 23. Februar).

Dies führte dazu, dass 1921, auf der 2. kommunistischen Frauenkonferenz, der Beschluss gefasst wurde, den internationalen Frauentag auf den 8. März zu legen.

Der erste internationale Frauentag fand ursprünglich am 19. März 1911 in Dänemark, Deutschland, Österreich, der Schweiz und den USA statt. Dies war ein Beschluss der 2. Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz und ging auf die Initiative der deutschen Kommunistin Clara Zetkin zurück.

An jenem Tag beteiligten sich mehrere Millionen Frauen an den Protesten.

Zentrale Forderungen der Frauen waren:

- Kampf gegen den drohenden imperialistischen Krieg
- die Einführung von Arbeitsschutzgesetzen
- das Wahl- und Stimmrecht für Frauen
- gleicher Lohn bei gleicher Arbeitsleistung

- der Achtstundentag
- ausreichender Mutter- und Kinderschutz
- Festsetzung von Mindestlöhnen

Am internationalen Frauentag 1918, war eine zentrale Forderung das Stimmrecht der Frauen, dass noch im gleichen Jahr, im November, erstritten wurde. Die ökonomische Situation der Frauen bestimmte die Themen der Zwischenkriegsjahre.

Die Wirtschaftskrise sorgte dafür, dass in ganz Europa die Anzahl der illegalen Abtreibungen zunahm. Es wird sogar von einer Zahl von über einer Million Abtreibungen gesprochen. An den Folgen der Abtreibung starben allein in Deutschland 1931 ca. 44.000 Frauen. Diese Entwicklung führte dazu, dass die Frauen die Legalisierung der Abtreibung und besseren Mutterschutz forderten und den Frauentag für diese Forderung nutzten.

Gerade den 8. März sollten wir dazu benutzen, der kämpfenden Frauen zu gedenken. Ich werde zwei Frauen vorstellen.

Beginnen möchte ich mit einer Kämpferin der Pariser Commune. Ihr Name ist Louise Michel. Geboren wurde sie am 29. Mai 1830 im Department Haute-Marne in Frankreich. Als Lehrerin sollte sie einen Eid auf den damaligen Herrscher schwören, verweigerte sich jedoch und so wurde ihr verboten an einer staatlichen Schule zu unterrichten. Sie eröffnete eine private Schule und lehrte dort den Schülern unter anderem, den Kaiser nicht ihre Gebete einzubeziehen.

Im Sommer 1856 siedelte sie nach Paris über, dort schloss sie sich einer Bewegung um den Sozialrevolutionär Blanqui an. Sie ging mit der Analyse und Lehre Blanquis d'accord, dass die Enteignung des privaten Grundbesitzes, die staatliche Kontrolle der Produktionsmittel und die Diktatur des Proletariats angestrebt werden sollten.

Trotz aller Sympathie für die Arbeiterbewegung vertrat sie den feministischen Standpunkt:

Ohne die Befreiung der Frau konnte es für Louise Michel keine freie, anzustrebende Gesellschaft geben. Ihre Kritik richtete sich auch gegen die sozialistischen Männer der französischen Gesellschaft und dies nicht ohne Grund! Selbst der französische Sozialist Pierre-Joseph Proudhon vertrat die Meinung, dass Frauen sich nur für zwei Tätigkeiten eignen: Zum einen als Hausfrau und zum anderen als Prostituierte. Für ihn schadete eine Frau, die arbeitete der Gesellschaft.

Als am 19. September 1870 preußische Truppen anfangen Paris zu belagern, organisierten Sozialisten und Blanquisten den Widerstand in der Hauptstadt. Dort kämpften Frauen und Männer zusammen.

Die Kämpfe in Paris verschärften sich, nachdem 6000 Armeesoldaten Einzug in die Stadt erhielten. Die Aktion, die eigentlich eine Machtdemonstration der Herrschenden darstellen sollte, verwandelte sich zum genauen Gegenteil. Die Militäraktion scheiterte. Die Generäle Lecomte und Clément Thomas wurden hingerichtet. An der Hinrichtung war auch Louise Michel beteiligt. Am Abend des 18. März 1871 war Paris wieder ganz in den Händen der Aufständigen.

Das war die Geburtsstunde der Pariser Commune. Die Frauen Paris waren aktiv an der Commune beteiligt, nahmen jedoch die klassischen Rollen der Frau an. So dienten sie den Ambulanz-Einheiten, halfen beim Barrikadenbau und sorgten für die Verpflegung der Kämpfenden. Ihnen wurde jedoch nicht das Recht zugestanden Entscheidungen mit zu treffen. Louis Michel wendete sich gegen diese Praxis und forderte alle Communarden, ob Mann oder Frau, in die Entscheidungen und Pflichten mit einzubeziehen. Als die Regierungstruppen aus Versailles auf die Hauptstadt zurückkamen, leitete sie ein Frauenbataillon, das die Barrikaden bewaffnet verteidigte.

In der Woche des 21. Mai 1871 wurde der Aufstand der Commune blutig niedergeschlagen. 20.000 Pariser und Pariserinnen verloren ihr Leben und etwa doppelt so viele wanderten in die Gefängnisse. Nach einer kurzen Flucht wurde auch Louise Michel gefangen genommen und zu lebenslänglicher Deportation nach Neukaledonien verurteilt. Nach einer Generalamnestie kehrte sie nach Paris zurück und kämpfte bis zu ihrem Tod für eine gerechtere Gesellschaft und für die Rechte der Frauen.

Eine andere Frau, die ich hier vorstellen möchte, ist Niuta Tajtelbaum. Sie war eine jüdische Kommunistin und kämpfte im Warschauer Ghetto gegen die deutschen Besatzer. Niuta Tajtelbaum diente ihre Weiblichkeit und mädchenhafte Erscheinung im Kampf gegen den Faschismus. Bei einem Attentat auf einen Offizier der Gestapo ging sie zu den Wachen und fragte nach dem Raum in welchem der betreffende Offizier

anzutreffen sei. Der Durchgang wurde ihr wie selbstverständlich gewährt. Als sie das Zimmer des Offiziers betrat, zog sie eine Waffe und erschoss ihn. Als sie das Gelände der Gestapo verließ, lächelte sie den Soldaten zum Abschied freundlich zu. Ihr Deckname war Wanda.

So wurde von der Gestapo steckbrieflich eine „kleine Wanda mit Zöpfen“ gesucht.

Niuta Tajtelbaum schloss sich 1942 der Volksgarde an, um in den Kampf gegen den Faschismus zu ziehen. Die Volksgarde war die bewaffnete Widerstandsorganisation der kommunistischen Polnischen Arbeiterpartei und wirkte innerhalb und außerhalb des Ghettos. Im Ghetto baute sie eine Zelle jüdischer Untergrundkämpferinnen auf und brachte Frauen den Umgang mit Waffen bei. Einige dieser Frauen waren später Teil der Partisanen beim Aufstand im Warschauer Ghetto. Unter ihrem Kommando fanden auch Sabotageaktionen statt. Eine dieser Aktionen war die Sprengung eines wichtigen Eisenbahnknotenpunkts. Durch die Aktion entgleiste ein deutscher Truppentransport. Ein weiterer Anschlag des Kommandos von Niuta Tajtelbaum war die Erschießung vierer deutscher Offiziere im Offizierskasino in Warschau.

Auch an dem Aufstand im Warschauer Ghetto war sie beteiligt. Nach der Niederschlagung des Aufstandes nahm sie weiter an Sabotageaktionen in und um Warschau teil. Am 19. Juli 1943 wurde sie von der Gestapo gefangen genommen und starb mehrere Wochen später an den Folgen von Folterungen im Gefängnis.

Heute schreiben wir das Jahr 2006. Noch immer gibt es Unterdrückung von Frauen, nach wie vor werden Frauen geschlagen und vergewaltigt oder gar zu Prostitution gezwungen. Frauen verdienen im Durchschnitt weltweit 30- 40% weniger als Männer. Frauen haben kein oder weniger Mitspracherecht an wichtigen Entscheidungen, so liegt zum Beispiel 90% der Regierungsmacht in männlicher Hand. Auch im Kapitalismus gehört die Reproduktion der Frauenrolle zum System.

Selbst die Linke kann sich von solchen Dingen nicht freisprechen! So wird auch dort verlangt, dass die Genossin doch eine gute Ehefrau und/oder Mutter sein soll.

Deswegen:

Kämpft zusammen für eure Rechte, lasst euch nicht alles gefallen!



Den rechten Alltagsbetrieb angreifen! Rechte Strukturen in NRW und Siegerland

Ein Gastbeitrag der Autonomen Antifa Siegen

*„Schon komisch, daß ich einschalt', wo ich doch
abschalten will,
mir Deutschland-Vollkontakt reinknall', wo ich mich
doch davon abspalten will.
Vielleicht genieße ich die Offenbarung einer peinlichen
Nation:
Mit Stock im Arsch, Gleichschritt-Marsch, die
Vollidioten-Invasion!“*

(Jan Delay – Der Rote Knopf)

Politiker und Verfassungsschützer versuchen seit geraumer Zeit den Eindruck zu erwecken, dass die rechte Szene zunehmend an Bedeutung verliert und deren gesellschaftliche Relevanz stetig abnimmt. Dies ist freilich bequem, sorgt man sich doch, dass potentielle Urlauber oder Investoren von der Bedrohung durch eine solche Szene abgeschreckt werden und so der „Standort Deutschland“ irreparablen Schaden erleiden könnte. Die Bilder von Hoyerswerda, Rostock oder Solingen sollen vergessen sein, der „offizielle Antifa-Sommer 2001“ ist lange vorbei und so übt man sich heuer eher im Kleinreden und Abwiegeln. Kommunalpolitiker verleugnen, aus Sorge um den Ruf ihrer Gemeinden die Existenz einer rechten Subkultur, versuchen in einigen Fällen gar jene AntifaschistInnen zu kriminalisieren, welche diese Problematik offen ansprechen und Gegenwehr organisieren. Schaut man

jedoch genauer hin, ergibt sich ein anderes Bild. In Ost- und Westdeutschland agiert eine extrem aktive und gefährliche, gut organisierte rechte Szene, die sich längst nicht mehr auf den „Kampf um die Straße beschränkt“, sondern in Parlamenten und Stadträten durch NPD, DVU, oder rechte Wählergemeinschaften Fuß gefaßt hat und gemeinsam mit den sogenannten „freien Kräften“, Kameradschaften und einzelnen Aktivisten agiert. Sogenannte „national befreite Zonen“ sind (vor allem, jedoch nicht ausschließlich) in Ostdeutschland weit verbreitet – ganze Dörfer und Landstriche, die stolz sind „ausländerfrei“ zu sein und in denen mittlerweile alternative oder „normale“ Jugendliche attackiert und angegriffen werden, die sich nicht dem rechten Lifestyle und der faschistischen Ideologie beugen wollen.

Offene und verdeckte fremdenfeindliche Polemik, faschistisches Gedankengut und geschichts-revisionistische Thesen sind jedoch selbstverständlich nicht ausschließlich bei nationalsozialistischen, rechtsextremen Gruppierungen zu finden. Auf allen gesellschaftlichen Ebenen, in den Institutionen und Gesetzen dieses Staates sind rassistische Raster, Xenophobie, Antisemitismus und chauvinistischer Nationalismus anzutreffen und teils inhärent. Inwiefern sich hier der „demokratische Rechtsstaat“ und die Rechten die Hand geben, war zuletzt in Halberstadt zu sehen, wo die NPD es im Verbund mit bürgerlichen

"Die Bewaffnung der Antifa-Szene und die sofortige Entnazifizierung der deutschen Polizei."

(Benjamin von Stuckrad-Barre in einem stern-Interview (2000), auf die Frage, was eine wirklich wirksame Politik gegen die agile Neonazi-Szene sei)

Politikern schaffte einen Auftritt des linken Liedermachers Konstantin Wecker zu verhindern.

Von der Polizei eskortiert und von bürgerlichen Politikern hofiert, finden jedoch Woche in etlichen Städten Deutschlands faschistische Aufmärsche statt, bei denen führende Nazikader ihre nationalistischen, rassistischen und antisemitischen Hetzparolen „unters Volk“ bringen können. Faktisch sind diese Aufmärsche der Presse jedoch kaum noch eine Randnotiz wert – Wer von nichts weiß, hat auch keine Schuld. Zwischen NPD-Kinderfest, Hohmann-Rede, dem Gedenken an die Bombardierung Dresdens („Anglo-amerikanischer Bombenterror“, will man im Jargon von Jörg Friedrich verweilen) und den massenhaften täglichen Abschiebungen, bei denen immer wieder der ein oder andere krepirt, weil die BGS- und Polizeibeamten ihren Job doch sehr genau nehmen, blüht also das ganz normale Deutschland.

„Bei uns in Nordrhein-Westfalen...“

In Nordrhein Westfalen zeigen sich rechtsradikale Strukturen, besonders im Rheinland und im Ruhrgebiet, äußerst aktiv. Hier spielen die Kameradschaftskreise eine große Rolle, die sich gegen das „Volksfrontkonzept“ der NPD gestellt haben, auch wenn sie weiterhin zusammen mit der Partei Demonstrationen durchführen.

Einer der eifrigsten Demo-Anmelder ist Axel Reitz aus dem Kölner Raum. Er hat eine Führungsposition im so genannten „Kampfbund Deutscher Sozialisten“ (KDS) inne, die im Rheinland die „nationale Szene“ vereint und organisiert. Über das Aktionsbüro West (AB-West) hat sich der KDS mit verschiedenen Kameradschaften aus dem Spektrum der „Autonomen Nationalisten“ zusammengeschlossen. Dieser meldet seitdem fleißig Aufmärsche an, wobei der Schwerpunkt im Ruhrgebiet und den angrenzenden Regionen liegt. Oft an der Seite von Axel Reitz ist Siegfried („SS-Siggi“) Borchardt aus Dortmund. Borchardt führte in den frühen Neunzigern die rechte Dortmunder Hooligangruppe „Borussenfront“ an. Auch der durch Medienberichte hinreichend bekannte Hamburger Aktivist Christian Worch, tritt mit Reitz zusammen auf Demonstrationen auf. Besonders hervorzuheben sind hierbei die Demos in Dortmund und Duisburg im letzten Jahr, zu denen der AB West mobilisierte, eine Demo in Münster unter dem Motto „Besatzer raus aus Deutschland“ und verschiedene Aufmärsche in Köln gegen den dortigen Bau einer



Einer der aktivsten NRW „Kader“, der aus dem Kölner Raum stammende Axel Reitz.

Moschee. Darüber hinaus beteiligt sich die NRW-Szene an zahlreichen überregionalen Aufmärschen, wie dem „Heldengedenken“ in Halbe, wo ehemalige SS- und Wehrmacht-kriegsverbrecher von der rechten Szene geehrt werden oder dem „Rudolf Heß-Gedenktag“ in Wunsiedel.

Bei dieser, mittlerweile größten Naziveranstaltung in Deutschland, gingen im Jahr 2004 rund 7000 Nazis im Gedenken an den Führer-Stellvertreter auf die Straße.

Im März 2005 wurde in Dortmund der Punk Thomas „Schmuddel“ Schulz von Neonazis aus dem Umfeld der Dortmunder Kameradschaft getötet. Der 17-jährige Skin Sven Kahlin zog, nachdem Schmuddel seine rechten Sprüche und Parolen nicht kommentarlos hinnehmen wollte, ein Messer und stach ihm mehrmals ins Herz. Zunächst flüchtete der Täter, konnte jedoch bald festgenommen werden. In der anschließenden Gerichtsverhandlung bekam er eine 7-jährige Haftstrafe. Das Gericht weigerte sich jedoch eine „politische Motivation“ des Täters anzuerkennen und half somit, die sehr aktive und offenbar extrem militante rechte Dortmunder Szene kleinzureden, die weiterhin Andersdenkende, AusländerInnen, Punks, linke und alternative Jugendliche einschüchert, bedroht und angreift.

Alles in allem kann in Nordrhein-Westfalen von einer sehr aktiven, regional stellenweise außerordentlich straff und gut organisierten und entschlossen-militanten rechtsradikalen Szene gesprochen werden.

„Was soll'n die Nazis raus aus Deutschland? Was hätte das für einen Sinn?

Die Nazis können doch nicht raus, denn hier gehören sie hin.“

(Die Goldenen Zitronen – Flimmern)

Nasty Neighbours – Nazistrukturen in Siegen und Umland

Auch in Siegen und den umliegenden Gemeinden gab und gibt es nach wie vor rechte Strukturen und Organisationsansätze. Mitte der 90er Jahre brach die damalige, sehr aktive **SAF** („**Sauerländer Aktionsfront**“) um **Andre Zimmermann** und **Thomas Kubiak** aus Winterberg zusammen – die beiden Führungskader kamen bei einem Autounfall im November 1997 bei Vechta ums Leben, ebenso wie ihr Vorgänger **Thomas Fink**, der bereits 1992 verstarb. Der NRW-Verfassungsschutzbericht urteilte kurz zuvor noch über die Gruppierung:

„Nach dem Verbot der FAP im Februar 1995 ist die „Sauerländer Aktionsfront“ (...), die in Nordrhein-Westfalen bedeutendste neonazistische Gruppierung“.

Doch die Blütephase der Gruppe war vorüber, wenn auch **Daniela Wegener** aus Olsberg nunmehr die Führung übernahm und versuchte die Strukturen wiederzubeleben, Treffen und Veranstaltungen zu organisieren. Wenn sie es auch nicht vermochte die bis dato doch zahlenmäßig sehr große Sieger- und Sauerländer Naziszene zu reorganisieren, so gelang es ihr doch recht schnell in die Führungsriege der Neonazis in NRW aufzusteigen und überregional auf vielen Demonstrationen und Treffen präsent zu sein. Unter anderem organisierte sie die „**Nationale Initiative 'Kein Exempel an Christoph Schulte'**“. **Christoph Schulte** lebte in Plettenberg und pflegte enge Kontakte zur SAF und auch zur Siegener Neonazi-Szene. Er trat im Sauerland und im Märkischen Kreis für die **NPD** an und hielt auch Kontakte zu niederländischen Neonazis. Am 13. Januar 2001 trat er in München mit einer rund 20-köpfigen Gruppe „Kameraden“ auf einen 31-jährigen, griechischen Menschen ein. Dem zu Boden getretenen drohten sie: „Heute ist der Tag an dem du sterben musst!“. Durch das beherzte Eingreifen einiger türkischer PassantInnen wurde der Mann schließlich nur leicht verletzt und kam mit dem Schock davon. Christoph Schulte, offenbar der Haupttäter und Anstifter, tauchte darauf unter und wurde mit internationalem Haftbefehl wegen versuchten Mordes und schwerer Körperverletzung gesucht. Er konnte schließlich nach mehrwöchiger Flucht durch ein Sondereinsatzkommando in Rotterdam (Niederlande) gestellt werden und wurde vom Gericht zu sechs Jahren Haft verurteilt. Auch anderen Nazikadern aus Arnsberg und Lüdenscheid, die an dem Übergriff beteiligt waren wurde in München der Prozess



gemacht.

Nachdem es der SAF nicht mehr wirklich gelang in Siegen und Nachbargemeinden Fuß zu fassen, etablierte sich im Wesentlichen im Umfeld der Fußballmannschaft Sportfreunde Siegen eine aktive rechte Hooligan-Szene mit breiten, überregionalen Kontakten zur Neonazi-Szene. Als Drahtzieher und Anführer gilt hier **Martin Scheele**, der in der Nähe von Meschede aufwuchs und später nach Siegen zog. Er organisierte, unterstützt durch **Steffen Ostehr** den „**Siegener Bärensturm**“, eine rechte Hooligan-Gruppierung und gab das Magazin „**Siegener Bärenruf**“ heraus, das nach einigen Ausgaben den Titel „**Sprung auf... Marsch, marsch!!!**“ erhielt. Dort selbst versuchte er Fußballfans und Supporter der SFS für rechtes Gedankengut und faschistische Ideologie zu begeistern. Mehrfach wurden beide Magazine im Verfassungsschutzbericht erwähnt. Scheeles Rolle selbst wurde bald publik gemacht und er erhielt Stadionverbot im Siegener Leimbachstadion, nachdem es ihm und seiner Gruppe 1995 noch gelungen war ein Transparent im Stadion zu zeigen, auf dem die Freilassung des US-Neonaziführers Gary Lauck gefordert wurde. 1998 bot er auf einer Homepage „Mitfahrplätze für den Frankreich-Überfall“ an, jene Fußball-Weltmeisterschaft bei der der französische Polizist Nivel durch Hooligans beinahe zu Tode geprügelt wurde. Neben dem Bärensturm existierte (offenbar weitestgehend in Personaleinheit) die Siegener **Kameradschaft 2/130** (der Name entstand in Anlehnung an die Siegener SA-Kameradschaft 2/130 im nationalsozialistischen Deutschland), deren Auftreten und Inhalte Scheele ebenso weitestgehend bestimmte. Zuletzt machte Scheele noch einmal regional Schlagzeilen, als eine antifaschistische Gruppe ihn im Sommer 2004 auf einem Foto als „Trainer“ der Fußball-Jugendmannschaften von Grün-Weiß Siegen und Sportfreunde Obersdorf/Rödgen wieder erkannte. Beide Vereine entließen ihn daraufhin, auch wenn dies dem Grün-Weiß-Vorsitzenden Stöckle offenbar sehr widerstrebte, denn er stellte Strafanzeige gegen die

antifaschistische Gruppe, weil er sich durch deren Recherchen „genötigt fühlte“ (WR, 21.10.2004). In jenen Zeitraum fallen auch noch einige Aktualisierungen auf der Homepage des Siegener Bärensturms. Dort wurde für einige NRW-Nazidemos geworben und ein gemeinsamer Besuch der Siegener Kirmes angekündigt.

Auch wenn derzeit kein Lebenszeichen vom Siegener Bärensturm oder der Kameradschaft 2/130 vernommen wird, so bedeutet dies keinesfalls, dass das rechte Hooligan-Potential aus dem Siegener Stadion verschwunden ist. Dies ist keinesfalls so. „Fans“ mit eindeutig rechter Gesinnung dominieren weiterhin Auswärtsfahrten, singen in der Kurve fröhlich das „Horst-Wessel-Lied“ (Die Hymne der SA und eines der bedeutendsten Lieder des Nationalsozialismus - so geschehen beim Heimspiel gegen Dynamo Dresden im letzten Jahr) und ziehen rechte Parolen grölend und Menschen anderer Hautfarbe/Gesinnung anpöbelnd durch die Stadt und deren Kneipen. Oft kommen diese Fans auch aus den Nachbardörfern/Regionen - so stammen einige der hier ungemein aktiven rechten Fans aus dem Raum Betzdorf/Daaden/Herdorf.

Doch auch die Betrachtung der rechten Szene, losgelöst vom Sportfreunde Siegen-Umfeld, bietet einigen Grund zur Besorgnis. Vor kurzem wurden, nach einer antifaschistischen Demonstration in Betzdorf, mehrere Jugendliche von drei FaschistInnen mit dem Messer bedroht und mit Fußtritten angegriffen. Die Polizei nahm die Nazis in Schutz, ließ sie gewähren und beschränkte sich darauf die anwesenden AntifaschistInnen einzuschüchtern, zu bedrohen und im Bahnhof festzuhalten. Die anwesenden Nazis sind antifaschistischen Gruppen schon länger bekannt. Trotz einer Erklärung, die wir an die lokale Presse verschickten, reagierte die Polizei nicht auf die schweren Vorwürfe, sondern hüllte sich in Schweigen. Dies ist zweifelsohne auch eine Antwort.

Auch eine kleine Gruppe von Punks, die am Bahnhof vor kurzem gegen das Verbot antifaschistischer Symbole protestierte (das durchgestrichene Hakenkreuz - ein bekanntes und beliebtes antifaschistisches Accessoires - wurde vom Amtsgericht Tübingen als verfassungswidriges Symbol eingestuft - Mittlerweile wurde diese Entscheidung vom Landgericht Stuttgart jedoch revidiert) wurde von der Polizei angegriffen und mehrere, der durchweg sehr jungen Punks wurden von den Bullen mit Reizgas und Knüppeln verletzt, einige inhaftiert und angezeigt. Dies zeigt, dass antifaschistischer Protest in Siegen keineswegs die Unterstützung der Behörden erhält, besonders nicht der örtlichen Polizei. Gerade der Bundesgrenzschutz fällt immer wieder dadurch auf,

dass er bewusst und überhäufig Menschen offenbar migrantischer Herkunft und alternative Jugendliche kontrolliert und beinahe regelmäßig schikaniert.

Neben den freien Kameradschaften und dem Fußball-Hool-Umfeld gibt es allerdings auch im Siegerland eine aktive **NPD-Kreisvereinigung**, die zuletzt bei den Landtagswahlen im Mai 2005 und den Bundestagswahlen im September antrat.

Viele Plakate der NPD schmückten die Wände, Litfasssäulen und Straßenlaternen - „Gute Heimreise“ verkündeten sie unter anderem und zeigten Frauen mit Kopftüchern. Einige Menschen, auch im Siegerland, überprüften strafrechtliche Möglichkeiten gegen diese Plakate vorzugehen, andere Plakate sah man farbverschmiert oder heruntergerissen. Dennoch wurden die Plakate stetig erneuert und **Stephan Flug**, der Vorsitzende der NPD-Kreisvereinigung und **Pressesprecher der NPD in Nordrhein-Westfalen** stand in einem Internetforum Rede und Antwort zu seinen Positionen, neben den KandidatInnen von CDU/SPD/Grünen/FDP und anderen. Eine ganz normale Partei eben. Flug ist in rechten Kreisen einschlägig bekannt, er war unter anderem im Umfeld der rechten **„Bürgerbewegung pro Köln“** und bei den **Republikanern** aktiv gewesen, bevor er bei der NPD landete. Die WR (Westfälische Rundschau) brachte am 15.4.2005 einen langen Artikel über die NPD-Kandidaten im Kreis Siegen-Wittgenstein:

„Stephan Flug aus Siegen-Eiserfeld, Jahrgang 1967, der NPD-Kandidat im Landtagswahlkreis Siegen, Freudenberg, Neunkirchen, Burbach, gehört als Pressesprecher dem NPD-Landesvorstand in Nordrhein-Westfalen an. Seine Aktivitäten bei den Rechtsextremen wurden auch bereits im Verfassungsschutzbericht NRW festgehalten. Flug war bis 1997 Kreisvorsitzender der Republikaner in Siegen, bevor er sich weiter nach rechtsaußen orientierte. Flug kandidierte 1999 für die rechtsextreme Kölner Ratsliste "pro Köln", einen früheren Rechtsableger der "Deutsche Liga für Volk und Heimat", mit einem Kreis ehemaliger NPD- und REP-Mitglieder, bei der Kommunalwahl in der Domstadt als Oberbürgermeister-Kandidat. Die rechtsextreme Liste "pro Köln" warb für ihren Oberbürgermeister-Kandidaten Flug, der 981 Stimmen oder 0,3 Prozent erhielt, mit dem Werbespruch "Der Kölsche Haider". Bei der Bundestagswahl 1998 hatte Flug noch für die REP kandidiert.“

Flug wohnt noch immer in Eiserfeld. Der zweite Kandidat, der im Landkreis 127 (Nordsiegerland-Wittgenstein) antrat ist **John-Karol Martini**. Hier wiederum die treffende Beschreibung der WR:

„(Dort...) hat die NPD den Lennestädter John Karol Martini, Jahrgang 1978, als Kandidaten aufgestellt. Martini gehört als "freier Nationalist" nicht nur zur rechtsextremen, NPD-nahen Sauerländer Aktionsfront (SAF), er wird auch dem so genannten "Siegener Bärensturm" zugeordnet, einer Rechtsextremen-Gruppe, die als Rechtsaußen-Fans der Siegener Sportfreunde in Erscheinung getreten sind. Mehrfach wurde seit Ende der Neunziger Jahre gegen Martini im Zusammenhang der Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen, wegen Landfriedensbruch und wegen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz im Sauerland ermittelt. Der NPD-Landtagskandidat meldete Versammlungen der rechtsextremen SAF etwa zum Thema "Kein deutsches Blut für fremde Interessen" oder "Gegen Polizei- und Justizwillkür" an, die anschließend verboten wurden."

Was hierbei des Weiteren sehr interessant ist, ist die Tatsache, dass John-Karol-Martini als ordentlich eingeschriebener Student an der **Siegener Universität** im Fachbereich 5 Wirtschaftswissenschaften studiert. Es wurden in der Vergangenheit auch Studierende von verschiedenen Menschen angesprochen, ob es prinzipiell möglich sei, politische Veranstaltungen der NPD an der Siegener Hochschule, in Uni-Räumen stattfinden zu lassen.

Die NPD erreichte zwar weder bei den Bundestagswahlen (1,6%), noch bei den NRW-Landtagswahlen (0,9%) ein nennenswertes Ergebnis, doch konnte sie in einzelnen Kommunen im Sieger-, Sauerland und im Märkischen Kreis im Vergleich gute Ergebnisse erzielen – zum Teil rund 2%, also deutlich über dem Bundestrend.

Zu den schwersten Übergriffen im Siegerland in den letzten Jahren kam es 2001 in **Niederschelden**. Über zwei Tage konnten 40-50 rechte Skins und Nazis türkische Familien terrorisieren und die Polizei in Schach halten. Betroffene und Medien sprachen später gar von „pogromartigen Zuständen“. Am Tag des NPD-Aufmarsches in Altenkirchen (Westerwald) fanden sich die Nazis abends in Niederschelderhütte in der Wohnung eines Kameraden ein. Sie „feierten“ ausgiebig. Dabei wurde eine SS-Flagge am Fenster gehisst und die Nachbarn mit Rechtsrock und Hitler-Reden beschallt. Später schossen die Nazis Silvesterraketen auf das Haus einer türkischen Familie, warfen Kracher in ihre Gärten und vor die Türen. In der zweiten Nacht waren noch mehr Neonazis dort. Die Polizei erschien zwar mehrfach, doch vertraute ein Beamter den Anwohnern an: „Wir haben auch Angst, wir sind nur zu zweit. Sollen wir da jetzt reingehen?“. Hinzu kamen Zuständigkeitsstreitigkeiten zwischen der Betzdorfer und Siegener Polizei. Die Siegener Polizei rückte an, machte jedoch auf der Siegbrücke kehrt, als sie bemerkte, dass sich die Straße gerade auf rheinland-pfälzischem Gebiet befindet – die Betzdorfer Polizei musste schlicht zugeben, dass sie überlastet und personell unzureichend besetzt war. In jener, zweiten

Nacht ging eine Fensterscheibe zu Bruch, Nazis urinieren an Fenster und Türen türkischer Familien, sie bewaffneten sich mit Samurai-Schwertern und auf der Straße fuhr schließlich ein Wagen vor, voll beladen mit Schusswaffen. Ein türkischstämmiger Anwohner wurde auch körperlich angegriffen, konnte sich jedoch im letzten Moment in seine Wohnung retten. Erst am frühen Sonntagmorgen rückten massive Polizeikräfte an und verhafteten 5 rechte Skins, die sich allerdings am nächsten Tag bereits wieder auf freiem Fuß befanden.

Überhaupt gab und gibt es offenbar enge Kontakte Westerwälder Nazis ins Sieger- und Sauerland, bis ins nördliche Hessen hinein. Vor kurzem ging der spektakulärste Nazi-Kameradschaftsprozess der letzten Jahre in Koblenz zu Ende. Die **Kameradschaft Westerwald**, eine der bis dato aktivsten und militantesten Nazigruppierungen mit den besten überregionalen Kontakten, wurde nach einem Überfall auf ein Punkkonzert in Daaden und einigen Attacken auf die alternative Westerwälder Jugendszene und Angriffen auf Aussiedler und MigrantInnen der Prozess gemacht. Angeklagt wurde die Gruppierung nach § 129 – Gründung einer kriminellen Vereinigung, dazu kamen schwere Körperverletzung, waffenrechtliche Verstöße und schwerer Landfriedensbruch. Die meisten Mitglieder bekamen jedoch geringe Strafen, einige wurden freigesprochen, viele nach Jugendrecht zu Bewährungsstrafen verurteilt. Einige Angeklagte hatten enge Kontakte nach Siegen, gingen hier zur Schule, hatten Kontakte zu hiesigen „Kameraden“.

Auch in Hilchenbach existierte lange Jahre eine sehr rege, aber relativ isolierte Nazisszene. Dort wurden 2001 unter anderem zwei Naziskins verurteilt, nachdem sie mit einer ganzen Gruppe zum dortigen Marktplatz gezogen waren und dort auf drei Jugendliche eingepöbeln hatte, die sie offenbar als „Ausländer“ identifizierten.

In Kreuztal wurden gar noch vor wenigen Tagen Häuser von ausländischen Familien mit SS-Runen und „Ausländer raus!“ besprüht.

Dieser kurze Überblick erhebt selbstverständlich keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Viele Angriffe und Übergriffe, Anpöbeleien und Nazitreffen könnte man noch auflisten. Alles in allem lässt es sich im Siegerland und den angrenzenden Regionen durchaus von einer sehr lebendigen und gefährlichen Nazisszene sprechen, auch wenn sich Kommunalpolitiker und Polizei alle Mühe geben, dass Problem kleinzureden und Fragen abzuwiegeln. In diesem Sinne bleibt es uns überlassen, antifaschistische Arbeit praktisch werden zu lassen und uns überall den Faschisten in den Weg zu stellen.



Achtung Zimmer frei!

Männlicher, Deutscher Student gesucht!

Was habt ihr eigentlich gegen die? Die sind doch garnicht rechts! Sind immer wieder Sätze die LiLis in Diskussionen über Burschenschaften anhören müßen. Doch das Bild das es sich bei vielen Burschenschaften und Verbindungen nur um einen netten Verein junger Männer, oder manchmal auch Frauen handelt, die gerne mal einen Trinken ist grundlegend falsch.

Zur Geschichte der Burschenschaften

Die Burschenschaftsbewegung nahm ihren Anfang im frühen 19ten Jahrhundert und viele heutige Burschenschaften und Verbände beziehen sich besonders auf die Urburschenschaft aus Jena. Grundlegende Idee war damals sich gegen die Kleinstaaterie zu wenden und ein vereinigtes Deutschland zu schaffen. Protagonisten dieser Ideen waren unter anderem Ernst-Moritz Arndt, ein überaus „deutsch-nationaler“ Dichter aus dessen Feder unter anderem solche Worte stammen:

„...Die Juden als Juden passen nicht in diese Welt und in diese Staaten hinein, und darum will ich nicht, daß sie auf eine ungebührliche Weise in Deutschland vermehrt werden. Ich will es aber auch deswegen nicht, weil sie ein durchaus fremdes Volk sind und weil ich den germanischen Stamm so sehr als möglich von fremdartigen Bestandteilen rein zu erhalten wünsche.“
Als weiteren „geistigen“ Vater dieser Bewegung ist der, heute noch von der Turnvereinswelt „vergötterte“

Turnvater Friedrich Ludwig Jahn, anzusehen der ebenso für eine deutsch-nationale (und vor allem männliche!) Bewegung eintrat:

"Die Kleinstaaterie verhindert Deutschlands Größe auf dem Erdenrund. Wer seinen Kindern die französische Sprache lehren lässt, ist ein Irrender, wer darin beharrt, sündigt gegen den heiligen Geist. Wenn er aber seinen Töchtern französisch lehren lässt, ist das ebenso gut, als wenn er ihnen Hurerei lehren lässt. Polen, Franzosen, Pfaffen, Junker und Juden sind Deutschlands Unglück."

So mag es nicht verwundern das schon auf einem ersten gemeinsamen Treffen der Burschenschaftsbewegung, dem Wartburgfest, „undeutsche“ Bücher verbrannt wurden, darunter auch viele von jüdischen Autoren. In der Zeit vor dem deutschen Reich waren die Burschenschaften, die sich größtenteils aus dem Bürgertum rekrutierten zum Teil den Verboten der Monarchen ausgesetzt, weil auch die Schaffung einer parlamentarischen Demokratie zum Programm vieler Burschenschaften gehörte. Erst nach der Gründung des Kaiserreiches 1871, wodurch das Ziel eines deutschen Reiches verwirklicht war, wurden die Burschenschaften langsam zu einer staatstragenden Organisation.

In der Weimarer Republik gehörten die Burschenschaften, allen voran der Dachverband „Deutsche Burschenschaft“ zu den deutsch-nationalistischen Gegnern der Republik. Schon 1920

durften DB Mitglieder nicht Mitglieder der KPD oder SPD sein und ein eigener „Rassenparagraph“ verpflichtete alle Mitglieder das „Ehrenwort abzulegen, das sie frei von jüdischem oder farbigen Blut seien“. In der NS-Zeit mußten sich die Burschenschaften dem Nationalsozialistischen Studentenbund unterordnen, eine Tatsache die die Burschenschaften heute als politische Ausrede benutzen, dass ihre Bewegung doch ebenso von den Nazis verfolgt worden wäre. Tatsächlich begrüßten insbesondere die Mitglieder der „Deutschen Burschenschaft“ die Machtergreifung und die Gleichschaltung der Burschenschaften. Kein Wunder denn die Bücherverbrennungen 1933 gingen nach neueren wissenschaftlichen Erkenntnissen nicht von „strammen“ Nazis, sondern von den „vaterlandstreuen“ deutschen Burschen aus. So ist es nicht verwunderlich, dass die DB 1935 in einem „Festakt“ aufgelöst wurde. Nach dem zweiten Weltkrieg verboten die Alliierten die Wiedergründung von Burschenschaften. Doch schon 1948 gelang es die Deutsche Burschenschaft wiederzugründen und sie ist bis heute der größte Verbindungs-Dachverband in Deutschland.

Burschenschaften heute

Zwar hat sich die wiedergegründete DB angeblich mit ihrer Geschichte auseinandergesetzt und bekennt sich zum Deutschen Grundgesetz doch aktive Handlungen werden vom Verband nicht gegen einzelne Mitglieder durchgeführt, auch wenn diese sich klar gegen das Grundgesetz positionieren. So entstand schon schnell innerhalb der DB eine Gruppe von Burschenschaften die den Anspruch auf ein „Großdeutschland“ nicht aufgab und für die Aufnahme Österreichischer Burschenschaften in die Burschenschaftliche Gemeinschaft sorgte. Die Burschenschaftliche Gemeinschaft ist mit ca. 40 Mitgliedsburschenschaften eine so große Macht in der Deutschen Burschenschaft, dass sie durch ihre Mehrheit sämtliche Entschlüsse verhindern kann. Das ging soweit das 1996, als es um die Frage ging ob die DB bei Fragen der Pflichtmensur (das heißt das jeder Burschi fechten muß), der Aufnahme von Mitgliedern ohne deutsche Staatsangehörigkeit oder Wehrdienstverweigeren ein Teil von Burschenschaften der eine liberalere Position vertrat, die DB verließ, weil die BG nicht von ihren konservativen Positionen abrückte.

Die DB ist seitdem immer wieder negativ in der Öffentlichkeit aufgetreten, so werden derzeit mehrere Mitgliedsburschenschaften vom Verfassungsschutz überwacht. Auch die in der BG organisierte Olympia Wien sorgt in Österreich immer wieder für Aufsehen. Sie rühmen sich aktiv am Südtiroler „Befreiungskampf“

teilgenommen zu haben und schreiben unter anderem auf ihrer Webseite in einem Artikel über die Politik des 21. Jahrhunderts:

„Dazu verweht in den USA die Legende von der kontinentalen Multikulturalität. In den Städten wachsen die Spannungen zwischen den Rassen und Völkergruppen, von zyklisch guter Konjunktur und Abnahme der Arbeitslosigkeit nur flüchtig überdeckt“
„Europa ist eine sich in der Geschichte entwickelnde Idee, die auf dem christlichen Abendland, basierend auf römisch-griechischer Kultur und germanischen Elementen, aufgebaut hat.“

Bei soviel rückwärts gewandtem Gedankengut verwundert es auch nicht, dass die Führung der DB auf dem Burschentag 1999 die Abschaffung des Volksverhetzungsparagrafen (dieser stellt unter anderem die Leugnung des Holocaust in Frage) forderte.

Mitglied der Deutschen Burschenschaft ist in Siegen die „Thuringia Bad Frankenhausen zu Siegen“

Studentische Verbindungen

Doch nicht nur die militaristischen Burschenschaften auch die „ganz normalen“ Studentenverbindungen wie zum Beispiel der christliche Wingolfsbund fühlen sich immer noch nationalistischen Traditionen verbunden. So versuchte eine Freiburger Verbindung im Jahr 1995 mit einem Flugblatt die Aufnahme einer Magdeburger Verbindung zu verhindern, da diese auf ihren Treffen alle drei Strophen des Deutschlandliedes gesungen habe, nichts gegen einen Büchertisch mit rechtsradikale Literatur getan hatten und als Gäste bei anderen Verbindung durch dummrechte Sprüche aufgefallen waren. Zwar sahen viele Wingolfiten einen Diskussionsbedarf, kritisiert wurde aber die Freiburger Verbindung weil sie übertriebene political Correctness betreiben würde und durch ihr Verhalten dem Gesamten Wingolf geschädigt habe.

Auch die Siegener Nibelungen, Mitglied im Wingolfsbund beziehen interessante Positionen:

„Zwar erwarten sie von ihren Mitgliedern "eine verantwortungsbewußte Lebensführung, d.h. die Auseinandersetzung mit den geistigen, politischen und gesellschaftlichen Fragen unserer Zeit" (Nibelungen 1995). Dennoch heben sie das Vaterland besonders hervor, indem sie bekennen: "Oberste Maxime unseres Handelns sind die Prinzipien der *Nibelungen*: Religion - Vaterland - Freundschaft - Bildung." Einerseits spannen sie Antirassismus zur Mitgliederwerbung ein, andererseits führen sie die schon 1985 im *Wingolf* kritisierte Formulierung "christlich-deutsch" noch heute in ihrem Namen. Dies sagt einiges über den Tiefgang dieser Auseinandersetzung über die "politischen und

gesellschaftlichen Fragen unserer Zeit" aus." (Antifa AG Siegen)

Auch die sich nach außen hin besonders liberal gebende Verbindung Occidentia entpuppt sich beim näheren Hinschauen nicht als eine solche. So wartet der Dachverband indem sich die Occidentia organisiert hat, der „Deutsche Wissenschaftsverband“ (Motto: „Wissenschaft, Freundschaft, Vaterland“), ebenfalls mit einem interessanten Geschichtsbild auf, das besonders militärgeschichtlich orientiert ist und besonders den Krieg 1870/71 und das Kaiserreich verklärt, wie auch ein Auszug aus dem Verbandsheft zeigt:

„Am 15. Mai 1890 ehrten die Corpsstudenten Kaiser Wilhelm I. mit einem steinernen Obelisk am Eingang der Vorburg. 1896 folgte ein Denkmal zu Ehren des ehemaligen Reichskanzlers Otto von Bismarck, der auf einem Sessel sitzend als Göttinger Student mit Corpshund dargestellt wurde. Seit 1897 zogen alljährlich hunderte von Corpsstudenten an den Denkmälern vorbei und sangen nacheinander 'Heil Dir im Siegerkranz', das Deutschlandlied und die Wacht am Rhein. Alle Denkmäler wurden in den fünfziger Jahren dieses Jahrhunderts Opfer mutwilliger Zerstörungen.“

Das vom Verband gleiche Möglichkeiten für Frauen angestrebt werden und explizit von der Occidentia mit dem label „DIE EINZIGE gemischte Verbindung an der Uni Siegen“ geworben wird entpuppt sich beim näheren Hinsehen auch als äußerst fadenscheinige Behauptung. Tatsächlich ist oftmals vom Nachdenken über altes Rollenverhalten nichts zu spüren, sondern es wird weiterhin nach diesem vorgegangen: Frauen sind zuständig für Blumen und Bedienung.

Elitäre Gemeinschaft

Das Spektrum der Burschenschaften und Verbindungen, das sich von den zum Teil rechtsextremen Burschenschaften der DB und den in anderen konservativ-nationalen Dachverbänden wie dem Coburger Convent über die konservativen Nichtschlagenden, zum Teil christlich orientierten Verbindungen, bis zu den gemischtgeschlechtlichen Verbänden erstreckt, einen noch wesentlich mehr Gemeinsamkeiten. „Fortschrittliche“ oder gar linke Verbindungen gibt es nicht, da alle Burschenschaften und Verbindungen ein Zwangssystem eint, nämlich die bedingungslose Unterordnung unter eine Hierarchie und ein Regelwerk, das den Studierenden zu einem „ehrenhaften Vertreter des Studententums“ erziehen soll. Warum also das Ganze? Die Antwort gibt Manfred Kanther, ehemaliger Bundesinnenminister, der eine der wichtigsten Funktionen seines Corps darin sieht, *„auch weiterhin national gesinnte Menschen in alle führende*

Berufe der Gesellschaft zu entsenden“. (Kanther, in: *Oberhessische Presse*, 28. Mai 1990) (Burschireader des Düsseldorfer Asta)

Dies besteuhtigt sich bei einem Blick auf die die Mitglieder des Cartellverbandes der katholischen deutschen Studentenverbindung:

Johannes-Joachim Degenhardt (Kardinal), Thomas Gottschalk (Entertainer), Walter Kasper (Kardinal), Klaus Kinkel (ehem. Bundesaußenminister), Friedrich Merz (ehemaliger Fraktionsvorsitzender der CDU), Werner Müller (ehemaliger Bundeswirtschaftsminister), Joseph Ratzinger (Papst), Jürgen Rüttgers (NRW Ministerpräsident), Edmund Stoiber (bayrischer Ministerpräsident) und Matthias Wissmann (ehem. Bundesverkehrsminister).

Oder der KSCV (Kösener Senioren-Convents-Verband), eine schlagender, also fechtender Verband: Klaus Esser (ehem. Vorstandsvorsitzender der Mannesmann AG), Hans Friderichs (ehemaliger Bundeswirtschaftsminister und Sprecher der Dresdner Bank), Jörg Menno-Harms (Vorsitzender des Aufsichtsrates der Hewlett-Packard GmbH), Hans-Dieter Harig (Vorstandsvorsitzender der E.on Energie AG), Dietmar Hertling (Vize-Präsident des BDI), Manfred Kanther (ehemaliger Bundesinnenminister), Klaus Mangold (Chef der Debis, Vorstand Daimler-Chrysler), Henning Schulte-Noelle (Vorstandsvorsitzender der Allianz), Edzard Schmidt-Jorzig (ehemaliger Bundesjustizminister) und Werner Stumpfe (ehemaliger Präsident und jetzt Ehrenpräsident des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall).

Wie mensch sieht stellen das Verbindungs- und Burschenschafts(UN)wesen einen besonderen Rekrutierungsapparat einer bürgerlich-konservativen Führungselite dar. Dies ist aus einem demokratischen Anspruch zu kritisieren, da zum einen dort nur bestimmte Gruppen Aufnahme finden, beispielsweise nur Männer oder nur Deutsche, und die Zwangs- und Unterwerfungsrituale der Verbindungen deutlich einer Demokratie zuwiderlaufen. Darüber hinaus wird sich bewußt einer öffentlichen Kontrolle entzogen um zu verschleiern, dass dieses Brauchtum gegen die Chancengleichheit in Staat und Gesellschaft und für soziale Ungleichheit und Ausgrenzung steht.

Wie sich zeigt sind alle Verbindungen geeint durch ihre konservative Ausrichtung und ihr Festhalten an Traditionen. Das es dabei nicht zu einer wirklichen Auseinandersetzung mit ihrer Geschichte oder Themen wie Nationalismus, Geschlechterverhältnis, Hierarchie oder Militarismus kommen kann, liegt auf der Hand.

Darum Schluß mit dem Verbindungsunwesen!

Die Bolivarianische Revolution

Der anschließende Text befasst sich in einer recht kurzen Schilderung mit den Entwicklungen in Venezuela seit Beginn der Bolivarianischen Revolution, wobei die außenpolitischen Entwicklungen nicht behandelt werden. Auch die innenpolitischen Ereignisse spreche ich nur oberflächlich an, dennoch dürfte durch das Studium der in den Zitaten angegebenen Literatur eine umfassendere Übersicht leicht zu erhalten sein.

„Marie del Carmen Rivero Angel hat einen schönen Namen, aber sie konnte ihn nie schreiben. Mit ihren 73 Jahren entdeckt sie die Vokale ihrer Freiheit. In einem Wortschwall erzählt sie, daß sie kurz davor steht, zwei alte Träume zu verwirklichen: Einen Brief an ihre Familie zu schreiben und ganz allein die Verfassung ihres Landes zu lesen.“ (Andree Scheer: Kampf um Venezuela. Hugo Chavez und die Bolivarianische Revolution. Essen 2004. Umschlagsrückseite.)

Diese Aussage ist ein Beispiel für die Veränderungen, welche die Bolivarianische Revolution, benannt nach Simon Bolivar (1783 – 1830), in Venezuela möglich werden ließen.

Simon Bolivar war Demokrat und Republikaner und sah in der nationalen Befreiung Lateinamerikas vom spanischen Joch den Weg zur Durchsetzung demokratischer und bürgerlicher Rechte. Schon früh sah er in den USA den strategischen Hauptfeind der entstehenden Republiken und lud zum Congreso Antifictionico vom 15. bis 22. Juli 1826 nach Panama ein. Ich werde nicht sehr detailliert auf diese historischen Prozesse eingehen, sondern sie nur kurz ansprechen. Nur noch so viel, *„der Kongress von Panama versuchte vergeblich aus den Teilnehmern Mexiko, der Zentralamerikanischen Föderation, Kolumbien und Peru eine Bolivar vorschwebende Nation von Republiken zu machen.“* (Günter Pohl: Die Integration Lateinamerikas. In: Marxistische Blätter 3-05 (Mai/Juni). 43. Jahrgang. Essen 2005. S. 24) Sein Versuch scheiterte vor allem an den unterschiedlichen und nicht überbrückbaren Vorstellungen des Staatsaufbaus, zwischen den eher konservativen (zentralistischen, T.E.) und den liberalen (republikanischen, T.E.) Vertretern, ähnlich wie er sich in Europa zwischen der Heiligen Allianz und Frankreich ergab.

Das oben genannte Zitat von Marie del Carmen verweist auf die Leistungen Venezuelas bei der Bekämpfung des Analphabetismus. Man muss dies als einen erheblichen Fortschritt betrachten, denn vergleichbar entwickelte Staaten weisen meist eine recht hohe Analphabetenquote aus. Und auch in den

so genannten hoch industrialisierten Nationen, welche sich die Verteidigung von Demokratie und Freiheit auf die Fahne geschrieben haben, geht es nur noch darum, entsprechend den Gesetzen der Verwertungslogik des Kapitalismus, die bisher öffentliche Aufgabe der Erziehung und Bildung zu kommerzialisieren und damit für die Mehrheit in Quantität und Qualität erheblich zu verschlechtern. Wenn sie von Freiheit reden geht es ihnen einzig und allein um die Freiheit der effektivsten Profitmaximierung.

Begonnen hatte der Prozess mit der Gründung der Partei mit dem Namen „Bewegung der Fünften Republik“ (MVR) im Jahr 1997 und der Wahl von Hugo Chavez am 06. Dezember 1998 mit 57 Prozent der Stimmen zum Präsidenten. Bei den Parlamentswahlen zuvor hatte die MVR 20 Prozent erzielt und war hinter der sozialdemokratischen AD (Demokratische Aktion) zweitstärkste Kraft geworden. In der *jungen Welt* kommentierte der internationale Sekretär der Kommunistischen Partei Venezuelas, Carolus Wimmer, das Ergebnis jener Präsidentenwahlen. Er schrieb, *„das aktuelle Wahlergebnis bedeutet gleichzeitig die totale Niederlage der beiden traditionellen politischen Parteien, die Venezuela in den letzten 40 Jahren aus einem reichen Erdölland zu einem der krisenreichsten Länder mit den größten Auslandsschulden machten – die sozialdemokratische AD und die christdemokratische Partei COPEI. Mit 7,3 Prozent bzw. 1,7 Prozent bestrafte die Bürger die korrupten Politiker des venezolanischen Kapitalismus, die mit Salas Römer den Anti-Chavez-Pol anführten...“*(Scheer, S.30)

Mit der Niederlage bei den Parlaments- und Präsidentenwahlen wollte sich das Lager der bürgerlichen Reaktion nicht abfinden und inszenierte mit Hilfe ausländischer Unterstützung, hier vor allem die schon von Bolivar als strategischer Hauptgegner ausgemachten USA, vier Jahre nach den Wahlen von 1998 einen konterrevolutionären Umsturz. Die bisherigen Errungenschaften, hauptsächlich im Bereich staatlicher Institutionen, der Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung und der Verabschiedung der Verfassung der Bolivarianischen Republik Venezuela, sollten für immer rückgängig gemacht werden. Der Putsch vom April 2002 scheiterte ebenso wie der sich wenig später anschließende und von der Bourgeoisie initiierte Generalstreik am Widerstand der Bevölkerungsmehrheit.

Jene Verfassung vom 24. März 2000 stellte einen erheblichen Fortschritt gegenüber seiner Vorgängerin dar. Damit lässt sich auch die hohe Zustimmung für die Verfassung der Bolivarianischen Republik Venezuela in

einer am 15. Dezember durchgeführten Volksabstimmung erklären. „Am 15. Dezember 1999 stimmten mehr als 71 Prozent der Wählerinnen und Wähler für die Annahme der bolivarianischen Verfassung.“ (Scheer, S. 48) In ihren Artikeln finden sich Forderungen vieler europäischer, außerparlamentarischer Bewegungen verwirklicht, für die lange und bisher aufgrund der rückwärtsgewandten Ausrichtung bürgerlicher Gesellschaften vergeblich gekämpft worden war. So z. B. in Artikel 88 „Der Staat garantiert die Gleichheit von Mann und Frau in der Wahrnehmung des Rechts auf Arbeit. Der Staat erkennt die Hausarbeit als eine Wirtschaftstätigkeit an, die Mehrwert erzeugt und Wert sowie sozialen Wohlstand schafft. Hausfrauen haben entsprechend der gesetzlichen Regelungen das Recht auf soziale Absicherung.“ (Verfassung der Bolivarianischen Republik Venezuela. Caracas 2000. S.64.) Darüber hinaus wird in Artikel 84 garantiert, dass „die öffentliche Infrastruktur der Gesundheits-

vorsorge Eigentum des Staates [ist, T.E.] und darf [nicht, T.E.] privatisiert werden...“ (ebd. S. 62) Man erinnere sich nur an die Diskutanten die über unser Gesundheitswesen kommunizieren und der privaten Eigeninitiative und Privatisierung das Wort reden. Weitere Fortschritte finden sich im Bereich Bildung, Minderheiten und Verwendung der natürlichen Rohstoffe unter genossenschaftlicher Kontrolle. Darüber hinaus werden durch das Kapital abgewickelte Betriebe durch Kommunen und Genossenschaften weitergeführt.

Die progressiven linken Bewegungen in Deutschland sollten neben der selbstverständlichen (aber auch kritischen, T.E.) Solidarität mit dem sozialistischen Kuba ihre Anstrengungen auch auf eine positive, aber dennoch kritische Unterstützung der bolivarianischen Revolution in Venezuela lenken, denn es wird auch an der internationalen Unterstützung liegen in welche Richtung sich Venezuela entwickeln wird.

Termine

04. April (Dienstag)

LiLi – Linke Liste Ersti Theke.

Für alle neuen, oder schon älteren Studis, die die LiLi kennen lernen wollen. Ab 20 Uhr im VEB.

01. Mai (Montag)

Heraus zum Roten Ersten Mai!

Ab 12 Uhr Demonstration gegen Kapitalismus und Ausbeutung. Ab 13 Uhr Kulturprogramm. Achtet auf Ankündigungen.

02. Mai (Dienstag)

Spieleabend mit der LiLi

Die Lange Nacht der Spiele. Brettspiele, Kartenspiele. Alles worauf ihr Lust habt und was ihr mitbringen könnt. Ab 20. Uhr im VEB Siegen

29. Mai (Montag)

„The Truth lies in Rostock“ Vortrag und Film mit der LiLi – Linken Liste zum Thema Rassismus.

In der Woche von Montag 29. Mai bis Freitag den 04. Juni findet das Festival "Contre le Racisme" statt. Die LiLi wird mit einem Kurzvortrag und dem Film "The Truth lies in Rostock" einen Beitrag dazu leisten. Der Film behandelt die Ereignisse in Rostock-Lichtenhagen. Durch den Vortrag und die Diskussion soll der Bezug zum Jahr 2006 hergestellt werden. Ab 19. Uhr im VEB

08. April (Samstag)

„Im Westen nichts neues? Was ist los in Frankreich? Die landesweiten Proteste im Nachbarland.“

Referenten: Claudius Vellay, Diplom-Volkswirt, Université Sorbonne Paris und Dr. Alex Neumann, Soziologe, Université Sorbonne Paris
veranstaltet vom Rosa Luxemburg Club Siegen in Kooperation mit der LiLi – Linken Liste, Links im Dialog und dem Fachschaftsrat 1(2)-4.

17. Uhr im ZFK in der Siegener Oberstadt

Mehr Termine findet ihr auf:

<http://www.lili-siegen.de>

<http://www.links-im-dialog.de>

<http://www.raumundzeit-siegen.de>
(Konzerte & Partys)



Heraus zum Roten 1. Mai 2006

*ab 12 Uhr
Demonstration*

*ab 13 Uhr
Kulturprogramm*